

und das dadurch verstärkte Wirtschaftswachstum führte zu einer Verschiebung der Machtgewichte innerhalb der ökonomischen Eliten des Landes und auch zu einem Aufschwung im Selbstbewusstsein des Bürgertums. Vor diesem Hintergrund kam es Mitte 1917 zu einem Vorstoß bürgerlicher Schichten, insbesondere in Katalonien, das politische System zu reformieren.

Gerade in Katalonien lebten aber auch regionalistische Tendenzen auf. Der wirtschaftliche Erfolg bescherte nicht nur den bürgerlichen Schichten Wohlstand, sondern brachte auch eine aus dem neuen Selbstbewusstsein resultierende Rückbesinnung auf die regionalen Wurzeln. Dies zeigte sich zunächst im Aufblühen von Dichtung und Literatur in katalanischer Sprache, artikulierte sich rasch aber auch politisch, indem die Wiedereinführung früherer katalanischer Sonderrechte und Institutionen zum Programm erhoben wurde. Bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte sich die bürgerliche *Lliga Regionalista de Catalunya* zur dominierenden Partei in Katalonien. Mit der Zeit griff der Katalanismus aber auch auf andere Gesellschaftsschichten über, die sich vor allem in der *Esquerra Republicana* unter der Führung von Francesc Macià sammelten, so dass bis 1931 von einer breiten regionalistischen Bewegung gesprochen werden kann. Katalonien begriff sich als Nation und trat damit in Gegensatz zu dem in Madrid formulierten gesamtstaatlichen Anspruch.

Das Baskenland erlebte ebenfalls einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, aber der baskische Nationalismus basierte anders als in Katalonien nicht auf dem Selbstbewusstsein des aufstrebenden Bürgertums. Hier kam vielmehr ein ethnisch begründeter Abgrenzungswille zum Tragen. Die Ende des 19. Jahrhunderts in Gestalt der baskischen nationalistischen Partei PNV politisch artikulierte nationalkulturelle Bewegung war eine im Kern antimoderne Bewegung. Dies hing damit zusammen, dass die baskische Industrialisierung durch kastilische, aber auch durch baskische, an Madrid orientierte Unternehmer vorangetrieben wurde und sie einen starken Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Regionen Spaniens zur Folge hatte. Der baskische Nationalismus ist daher zunächst als eine Abwehrreaktion gegen die Folgen der Industrialisierung zu verstehen. Die erst im Laufe des 19. Jahrhunderts verloren gegangenen Sonderrechte sollten nicht nur wiederhergestellt werden, das Baskenland sollte darüber hinaus von fremden, nichtbaskischen Einflüssen befreit werden. Damit blieb der baskische Nationalismus zunächst eine Erscheinung der ruralen und kleinbürgerlichen

Gegenden, der vor allem durch den niederen Klerus unterstützt und verbreitet wurde.

Die Reformbestrebungen des Bürgertums fielen mit den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft nach politischer Partizipation und sozialen Reformen zusammen. Als nun UGT und die anarchosyndikalistische CNT es im wirtschaftlich turbulenten Jahr 1917 durch Streiks auf eine Kraftprobe ankommen ließen, zeigte sich rasch, dass die besitzenden Schichten nicht nur nicht bereit waren, den Forderungen der Arbeiterschaft nachzugeben; aus Angst um die Besitzstände bei einer weiteren Destabilisierung des Systems gab das Bürgertum den Versuch auf, politische Reformen durchzusetzen. Die daraus resultierende Kluft zwischen dem besitzenden Bürgertum in Allianz mit den Großgrundbesitzern auf der einen Seite und der Arbeiterschaft auf der anderen erreichte damit einen ersten Höhepunkt. Die blutige Niederschlagung von Aufständen – so ereigneten sich in den Folgejahren vor allem im anarchistisch dominierten Süden wiederholt Streiks und Landbesetzungen – unterdrückte zwar punktuell die Protestbewegungen, war aber kaum dazu geeignet, das Problem zu bewältigen. Vielmehr vertieften sich die Ressentiments gegen und der Hass auf das bestehende System. Die Industrieregionen wurden zudem durch eine tiefe Krise erschüttert, da das Ende des Ersten Weltkrieges dazu geführt hatte, dass Absatzmärkte im Ausland verschwanden. Die Folge waren Massenentlassungen und Lohnkürzungen. Streiks wurden mit Aussperrungen und Gewalt beantwortet, so dass sich auch die Radikalisierung der städtischen Arbeiterschaft verstärkte. Insbesondere Barcelona erlebte eine Welle terroristischer Attentate anarchistischer Provenienz.

Die Labilität des politischen Systems war nach außen hin deutlich sichtbar, da sich in einer raschen Folge die Regierungen und ihre Versuche abwechselten, der inneren Krisen Herr zu werden. Das Zweiparteiensystem der Restauration zerfiel zudem in eine Vielzahl von Parteien zur Vertretung unterschiedlichster Interessen. Der König griff seinerseits, auch im Hinblick auf die Belange des Militärs, immer stärker in die Regierungsarbeit ein. Das Militär wiederum war zu diesem Zeitpunkt nicht nur wegen innerer Spannungen alarmiert. Die Streitkräfte wurden der Lage in Marokko nicht Herr, wo seit Jahren ein Kolonialkrieg tobte, was zu wachsenden Spannungen zwischen Heeresführung und Zivilverwaltung führte. Hinzu kamen Spannungen innerhalb der Armee, nachdem sich die auf der Iberischen

Halbinsel stationierten Einheiten im Vergleich zu der Beförderungspraxis bei der Afrikaarmee beruflich benachteiligt fühlten. Darüber hinaus wurden Forderungen artikuliert, die eine Verbesserung der ihrem Selbstwertgefühl nicht angemessenen Besoldung betrafen. In einer direkten Kraftprobe mit der zivilen Regierung, die nicht zuletzt aufgrund der sozialen Unruhen keine Konfrontation riskieren wollte, ging das Militär als Sieger hervor. Damit zeigte sich, dass das Militär de facto eine autonome Machtposition neben der Regierung des Landes innehatte und, wie sich auch in den Folgejahren erweisen sollte, gewillt war, diese zur Geltung zu bringen. Das Militär, das seit Beginn des Jahrhunderts eine immer stärkere soziopolitische Rolle eingenommen und auch dank der Patronage durch Alfons XIII. eine Privilegierung erfahren hatte, wurde damit zu einem entscheidenden Machtfaktor innerhalb des Systems. Die Kette der demütigenden Niederlagen der spanischen Streitkräfte bei ihren krampfhaften Versuchen, die rebellischen Stämme der Rifkabylen zu befrieden, die im Jahr 1921 mit der vernichtenden Niederlage eines spanischen Expeditionsheeres bei Annual ihren Höhepunkt fand, führte zu einer weiteren das Land erschütternden Krise. Während das Kolonialheer in Marokko eine Fortführung des Krieges verlangte und die Öffentlichkeit sich kriegsmüde zeigte, entbrannte auf politischer Ebene ein nicht endender Streit um Verantwortlichkeiten für die militärische Niederlage von Annual und über die Fortsetzung des Krieges.

Angesichts der innenpolitischen Krisen und der eskalierenden Gewalt erwies sich das System der Restauration schließlich als handlungsunfähig. Der oberkommandierende General für die Militärregion Katalonien, Miguel Primo de Rivera, übernahm im September 1923 durch einen von König Alfons XIII. tolerierten Staatsstreich die Regierungsgewalt und entmachtete das Parlament. General Primo de Rivera hatte in Barcelona nicht nur den anarchistischen Terror als Bedrohung für die nationale Ordnung und die Interessen der katalanischen Unternehmer wahrgenommen. Als Spross einer Familie von Großgrundbesitzern in Andalusien hatte er auch die Aufstände der Landarbeiter zu spüren bekommen. Mit der Ablösung des parlamentarischen Systems trat nun ein Diktator an die Spitze der Regierung, der mit dem erklärten Ziel antrat, Spanien von Berufspolitikern zu befreien und das Staatswesen mittels eines autoritären Regimes auf eine neue Grundlage zu stellen. Spanien stand damit vor einer Militärdiktatur, wie sie auch Kennzeichen vieler ost- und südosteuropäischer Staaten der Zwischenkriegszeit

war. Das Militär machte sich zum Interpreten der nationalen Interessen des Landes.

Mit der Diktatur Primo de Riveras kommt es für einige Jahre zu einer deutlichen Reduzierung der sozialen Spannungen. Mit Ausnahme der Anarchisten, die weiterhin die Zerstörung von Staat und Kapitalismus anstrebten, sowie der kleinen kommunistischen Partei erhofften sich alle politischen und sozialen Gruppierungen positive Impulse. Primo de Rivera als Speerspitze einer «nationalen und patriotischen Revolution von oben» verstand sich als Erneuerer Spaniens. Unter Primo de Rivera übernahm der Staat eine verstärkte Lenkungsfunktion in sozialen und wirtschaftlichen Belangen. Und in der Tat erreichte Primo de Rivera die Lösung einiger der brennenden Probleme. So wurden zwar die anarchistischen Organisationen verboten, stattdessen aber wurde die sozialistische Gewerkschaft UGT in das System integriert und übernahm die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft. Die Sozialisten erhofften sich durch diese pragmatische Haltung die Überwindung der Unterentwicklung der sozialen Strukturen des Landes und eine spürbare Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft durch Lohnerhöhungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Durch die Kooperationsbereitschaft der Sozialisten nahmen die sozialen Auseinandersetzungen deutlich ab. Die Wirtschaftsleistung und das Volkseinkommen wiederum wuchsen. Ein breit angelegtes Infrastrukturprogramm, das vor allem auf die Verbesserung der Verkehrswege setzte, sollte zudem strukturelle Defizite beseitigen. 1926 gelang durch eine militärische Großoffensive schließlich auch die Zerschlagung des Widerstandes in Nordmarokko.

Bald zeigten sich jedoch eine Reihe von Problemen, die sich innerhalb der verkrusteten Gesellschaftsstrukturen als unüberwindliche Hindernisse erweisen sollten. Da Primo de Rivera die Einführung paritätisch besetzter Tarifparteien zur Regelung von Fragen der Entlohnung und Arbeitsbedingungen anstrebte, brachte er bald die Großgrundbesitzer und Industriellen gegen sich auf. Auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens, das er neu zu regeln versuchte, brachten ihm trotz einer anfänglichen Euphorie immer weitere Feindschaften innerhalb der Führungseliten ein. Das Militär sperrte sich gegen eine Neuordnung des Laufbahn- und Beförderungssystems. Das katalanische Bürgertum wiederum stieß sich an der Ablehnung des Regionalismus. Das Bürgertum litt bald unter der Entwertung der Pesete, die auf das kostspielige Programm zur Verbesserung der Infrastruktur des Landes zurückgeführt

wurde, und mit Zunahme der Finanz- und Wirtschaftsprobleme in Folge der internationalen Finanzkrise distanzierten sich auch Unternehmer und Gewerkschaften vom Diktator. Der Versuch der Institutionalisierung eines autoritären korporativen Staates, wie er sich in Portugal oder Österreich entwickeln sollte, scheiterte schließlich 1929 nach breiter Ablehnung eines durch Primo de Rivera vorgelegten Verfassungsentwurfes. Die traditionellen Machteliten sahen im Diktator nicht mehr den Vertreter ihrer Interessen, und Regionalisten und Arbeiterschaft waren enttäuscht über den fehlenden Willen zu grundlegenden sozialen Strukturreformen. Angesichts des Verlustes an Rückhalt durch die Eliten des Landes, auch des Militärs, trat Primo de Rivera im Januar 1930 schließlich zurück und ging ins französische Exil.

Nun aber brachen wieder die alten sozialen Konflikte auf, und es radikalisierten sich erneut die politischen Auseinandersetzungen im Land. Auf der einen Seite standen reaktionär eingestellte traditionelle Eliten, die eine rücksichtslose Diktatur in ihrem Sinn als einzig gangbaren Weg ansahen. Auf der anderen Seite wurde der Ruf nach grundlegenden sozialen Reformen bis hin zur Revolution wieder laut. Der vom König eingesetzten Regierung unter General Dámaso Berenguer gelang es nicht, die sich zuspitzende Lage unter Kontrolle zu bringen und eine Rückkehr zum System der Restauration zu bahnen. In San Sebastián formierte sich im Sommer 1930 eine ernstzunehmende reformorientierte und republikanische Front. In der Folge der Kommunalwahlen vom 12. April 1931, die als Plebiszit über die Staatsform und die soziale Ordnung verstanden wurden, kam es schließlich zum Kollaps des Systems. Zwar hatten auf dem Land aufgrund der dort noch weitgehend unangetasteten althergebrachten Sozialstrukturen die besitzenden Schichten einen Wahlsieg errungen, die Sozialisten und das liberale Bürgertum waren jedoch in den meisten Städten als stärkste Gruppierung hervorgegangen. In der Absicht, eine weitere politische Eskalation und eine Machtübernahme radikaler Arbeiterorganisationen zu vermeiden, sowie angesichts einer allgemeinen Orientierungslosigkeit entzogen das Establishment und vor allem die Streitkräfte dem König das Vertrauen. Alfons XIII. ging am 14. April 1931 ins Exil. Die Zweite Republik wurde ausgerufen.

Mit einer gespannten Erwartungshaltung stand Spanien vor einer letztlich völlig unerwartet entstandenen Situation. Vor allem die Rechte befand sich dabei zunächst in einer Phase der Desorientierung, nachdem das Modell einer